

Protestmarsch zur Rettung der indischen Verfassung

11 Januar 2019, Brandenburger Tor zur indischen Botschaft

Unsere Stellungnahme

Wir stehen Seite an Seite mit den mutigen Menschen in ganz Indien, die gegen den Citizenship (Amendment) Act, das National Register of Citizens und das National Population Register protestieren. Wir lehnen den verfassungswidrigen und diskriminierenden Gebrauch von Religion als Grundlage für Staatsbürgerschaft ab. Jede dieser Maßnahmen ist unmenschlich und ungerecht und ihre grauenvollen Auswirkungen werden die Armen und Minderheiten Indiens unverhältnismäßig stark zu spüren bekommen.

Von Menschen, die mit extremer Armut, dem Verlust von Grundbesitz und ökologischer Vertreibung konfrontiert sind, die als Wanderarbeiter arbeiten oder als Indigene oder Nomaden leben, zu verlangen, ihre Staatsbürgerschaft mit Dokumenten nachzuweisen, die auf den unzulänglichen Kriterien der Geburt, des Landbesitzes oder der Bildung basieren, ist eine Übung in weiterer Entrechtung und wir lehnen sie vollkommen ab.

Wir trauern um die Menschen, die von den Polizeikräften Indiens ermordet wurden, um abweichende Meinungen und insbesondere die Muslime Indiens zu unterdrücken, die gegen die Verweigerung ihrer grundlegenden Menschenwürde protestieren. Die Gewalt gegen Muslime und Dalits ist in den letzten Jahren ständig eskaliert. Lynchmorde von Mobs sind zur Regel geworden. Die schiere Menge an Gewalt, die die BJP, die RSS und nun auch die Polizei unter deren Kommando auf die Menschen in Indien entfesselt haben, ist unübertroffen. Es ist dringend notwendig, dass die internationale Gemeinschaft diese Brutalität verurteilt.

Wir verurteilen die gewaltsame Unterdrückung der Anti-CAA-NRC-Proteste in ganz Indien auf das Schärfste, insbesondere in Uttar Pradesh, wo Muslime von der Polizei und der Staatsmaschinerie in großem Umfang grausam und unmenschlich behandelt werden. Die Polizei hat zusammen mit den politischen Schlägern der Regierungspartei Gewalt auf den Universitätsgeländen veranlasst. In Assam und Karnataka haben Demonstrant*innen ihr Leben verloren, und in Bihar wurde ein Teenager, der die Nationalflagge trug, von Mitarbeitern der RSS brutal ermordet. Es hat eklatante Verletzungen von Kinderrechten gegeben, wobei mehrfach berichtet wurde, dass Kinder sowohl in Uttar Pradesh als auch in Delhi in Polizeigewahrsam gehalten, geschlagen und gefoltert wurden. Student*innen, die Opfer dieses brutalen Vorgehens sind, werden regelmäßig in die Trauma- und Notfalltrakte von Krankenhäusern eingeliefert.

Die indische Regierung hat auch ihre Macht genutzt, um das Internet in verschiedenen Teilen des Landes abzuschalten, um den Nachrichtenfluss zu verlangsamen und um Nothilfe für die Opfer der Polizeibrutalität zu beschränken. Die längste Abschaltung des Internets in Kaschmir ist ein Zeichen der Schande für das so genannte demokratische Ethos des Landes.

Wir verurteilen die Tatsache, dass die indische Regierung finanzielle und personale Mittel aufgewendet hat, um Gefangenenlager in Assam und Karnataka zu bauen und

#berlinforindia

berlinforindia.org

aufrechtzuerhalten, in denen angeblich "illegale Einwanderer" untergebracht werden sollen. Dies ist eine gewaltsame Erinnerung an die historische Wunde der Teilung des Landes und die dunkle Geschichte der Konzentrationslager während der Shoah. Wir werden der Regierung nicht erlauben, Menschen derart einzusperren.

Wir begrüßen die von den Landesregierungen in ganz Indien angekündigten Schritte, weder den Citizens Amendment Act, noch das National Register of Citizens und das National Population Register umzusetzen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, unverzüglich

1. die Polizei- und staatliche Gewalt in Indien,
2. die Versuche, Muslime, Adivasi und andere Minderheiten zu entrechten, indem man sie zwingt, ihre Staatsbürgerschaft zu beweisen,
3. die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Inder*innen auf Protest und den schrumpfenden Raum für Dissens in Indien,
4. die Verletzung von Kinderrechten und
5. alle Versuche, Indiens verfassungsmäßiges Mandat für eine säkulare Regierung offen zu verletzen

zu verurteilen.

Wir fordern die indische Regierung auf:

1. sofort zu handeln, um dem Missbrauch von Polizeibefugnissen, der bereits zum Tod von mehr als 25 Menschen in ganz Indien geführt hat, ein Ende zu setzen,
2. die politischen Gefangenen freizulassen,
3. eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Uttar Pradesh und anderen Teilen Indiens einzuleiten und diejenigen zu bestrafen, die des Missbrauchs der offiziellen Macht für schuldig befunden wurden,
4. eine Untersuchung der Angriffe auf die Jamia Milia Islamia Universität, die Aligarh Muslim Universität und die Jawaharlal Nehru Universität anzukündigen und diejenigen zu bestrafen, die des Missbrauchs der offiziellen Macht für schuldig befunden wurden,
5. den Citizenship Amendment Act aufzuheben, und
6. anzukündigen, dass das National Population Register und das National Register for Citizens nicht umgesetzt werden.